



GEMEINDE BINNINGEN

## Protokoll des Einwohnerrats

### IX. Legislaturperiode

**Sitzung Nr. 31** vom 19. November 2007

**Ort:** Kronenmattsaal

**Dauer:** 19.30 Uhr bis 20.40 Uhr

---

**Leitung:** U. von Bidder

**Anwesend:** 39 Mitglieder

**Abwesend:** F. Gerber

**Protokollgenehmigung:** Das Protokoll der 30. Sitzung vom 29. Oktober 2007 wird genehmigt.

Präsident:

Protokoll:

Urs von Bidder

Brigitte Christen

**Mitteilungen des Präsidenten:**

*U. von Bidder* begrüsst alle Anwesenden und insbesondere die neue Abteilungsleiterin Soziale Dienste/Gesundheit, Brigitte Wiggli, welche am 1. November ihre Stelle auf der Verwaltung angetreten hat.

In diesem Monat waren und sind sehr viele Anlässe in Binningen:

Am 1. November wurde der Chancengleichheitspreis beider Basel "heisses Eisen" hier im Kronenmattsaal verliehen. Diesen erhalten Personen oder Organisationen, welche sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern besonders einsetzen. Geehrt wurde die Organisation "Eifam". Sie kümmert sich um alleinerziehende Frauen und Männer.

Ebenfalls an diesem Ort wurde am 4. November das Abschluss-Orchesterkonzert des Austauschprojekts der JMS und der Musikschule Lugano dargeboten.

Am 5. November fand hier der Start für das Mitwirkungsverfahren im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision statt.

Der neue Binninger Waldpfad, welchen die Bürgergemeinde initiierte, konnte am 5. November eingeweiht werden.

Die Feier im Nachgang zu den Ständerats- und Nationalratswahlen fand am 7. November statt. Ständerat H. Fünfschilling wurde offiziell verabschiedet und sein Nachfolger Claude Janiak geehrt ebenso die neue Nationalrätin Kathrin Amacker.

Die Jungbürger/innen ihrerseits hatten am 9. November ihre Feier im Ortsmuseum. Er begrüsst sie vorher im Feuerwehrmagazin.

Am 11. November war Vernissage der Sonderausstellung "Reich der Quellen", welche bis Ende März 2009 im Ortsmuseum am Sonntagmorgen besichtigt werden kann.

Am 16. November hielt die Bürgergemeinde ihre Versammlung ab. Der Kulturpreis ging an das "Theater am Weg". Darauf folgte die traditionelle "Metzgete".

Gestern ist in den Bauabteilungen, an der Hauptstrasse 36, die Ausstellung zum Thema "Wasserversorgung" eröffnet worden, welche noch bis Ende März 2008 dauern wird.

**Neu eingereichte persönliche Vorstösse:** Keine

**Traktandenliste:**

	<b>Gesch. Nr.</b>
1. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.11.2007: <b>Einführung einer freiwilligen Tagesschule in Binningen</b>	<b>173</b>
2. Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 6.11.2007: <b>Postulat SP: Vergabekriterien für Aufträge der Gemeinde</b>	<b>176</b>
3. Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 6.11.2007: <b>Postulat CVP: Vier zusätzliche Garderoben und zwei Duschräume auf den Sportanlagen Spiegelfeld</b>	<b>183</b>
4. <b>Diverses</b>	

**Traktandum 1****Geschäft Nr. 173**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.11.2007:

**Einführung einer freiwilligen Tagesschule in Binningen**Eintreten:

*SP: B. Jost:* Ihre Fraktion will auf dieses wichtige Geschäft eintreten und unterstützt einstimmig den Vorschlag des Gemeinderats. Er ist pragmatisch und ermöglicht die Tagesbetreuung an einem Standort. Der verbindliche soziale Kontext und die regelmässigen Tagesstrukturen sind für alle Kinder wichtig. Der Beginn um 07.00 bis 18.00 Uhr ist besonders positiv; dies lässt eine Erwerbstätigkeit zu. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Betreuungs- und Lehrpersonen kann mit dieser Variante realisiert werden. Die Forderung nach einer Mindestbuchung hat den Vorteil, dass die Gruppenkonstanz gewährleistet ist. Obwohl das Meiriacker-Schulhaus dezentral liegt, ist der Standort gut gewählt, weil die Anbindung an das Öffentliche Verkehrsmittel vorhanden ist. Mit der Integration der Tagesschule in dieses Schulhaus, bleiben die Kosten in einem moderaten Rahmen, da nur wenig räumliche Anpassungen notwendig sind. Einziger Negativpunkt ist, dass kein eigener Klassenzug vorgesehen ist. Aus Sicht der SP-Fraktion gibt es noch verschiedene Fragen zu klären. Beispielsweise kann sie sich nicht vorstellen, dass im Meiriacker-Schulhaus die Unterrichtszeiten anders wären als in anderen Schulhäusern. Auch die Kosten für die Mittagessen sind recht teuer. Es stellt sich die Frage, weshalb diese nicht abgestuft sind. Bei anderen Beiträgen ist dies üblich. Die Aufhebung einer Klasse im Spiegelfeld-Schulhaus stösst nicht auf Begeisterung. Diesbezüglich müsste das Konzept des Schulrats doch nochmals überprüft werden. Aus diesen Gründen stellt sie den Antrag, das Geschäft an eine Spezialkommission zu überweisen. Es soll speditiv behandelt werden, damit es möglichst noch für die Dezember-Sitzung traktandiert werden kann. Auf diese Weise bleibt der Schule genügend Zeit, für die Realisierung bis Sommer 2008.

*FDP: M. Ziegler* hält fest, dass seine Fraktion eine Tagesschule befürwortet. Die Gesellschaftsstruktur hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die klassische Familie und Rollenverteilung nimmt zusehends ab. Diesem Umstand muss auch die Bildungspolitik in Binningen Rechnung tragen. Die Schaffung von Tagesschulen ist daher unumgänglich. Über die konkrete Ausgestaltung des Angebots muss jedoch eingehend diskutiert werden. Seine Fraktion ist bereit, auf das Geschäft einzutreten, hat aber noch verschiedene Fragen, welche in einer Spezialkommission zu behandeln sind. Bedauerlich ist einmal mehr, dass keine Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden gelungen ist. Zum finanziellen Aspekt: Der vom Gemeinderat vorgeschlagene Verteilmodus für Eltern ist nicht akzeptabel. Die einkommensabhängige Beteiligung bedeutet einmal mehr neue Steuern und eine Umverteilung. Seine Fraktion wehrt sich dagegen, dass nebst der Einkommens- und Vermögenssteuer auch im Bildungsbereich progressive Steuern erhoben werden sollen. Dies führt zu Intransparenz bei den Gemeindefinanzen. Selbstverständlich sollen Härtefälle abgefedert werden; dies müsste jedoch durch subjektbezogene Hilfe geschehen. Im Konzept des Gemeinderats fällt auch auf, dass der Akademisierung bei den Betreuungspersonen Vorschub leistet wird mit entsprechender Kostenfolge. Ausserdem hat der Standort Meiriacker etliche Fragen aufgeworfen, z. B. ob letztlich nicht ein Schulbus eingerichtet werden muss. Oder aber dies wird vermutlich dazu führen, dass noch mehr Eltern ihr Kind im Privatauto zur Schule bringen und entsprechender Mehrverkehr entsteht. Abschliessend ist zu erwähnen, dass derzeit vom Kanton ein Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung in Vernehmlassung ist. In diesem Entwurf wird auch die Tagesschule auf Primarstufe geregelt. Hat der Gemeinderat bei der Ausarbeitung der Vorlage sich diesbezüglich mit dem Kanton abgestimmt? Soviel er weiss, will der Kanton eine subjektbezogene Subventionierung; diese stünde im Widerspruch zur vorgelegten Lösung. Alle Detailfragen sind in einer Spezialkommission zu diskutieren. Es soll ein gut durchdachtes, pragmatisches Modell resultieren. In dieser Hinsicht ist das modulare Modell des Gemeinderats mit weniger Pflichtkonsum sowie an mehreren Standorten für die Einführungsphase eher geeignet.

*CVP: K. Amacker* freut es, dass der Gemeinderat aufgrund eines im Oktober 2005 von ihrer Fraktion eingereichten Postulats eine Vorlage ausgearbeitet hat. Das Angebot von Tagesschulen bedeutet einen Standortvorteil für die Gemeinde. Die Variante des Gemeinderats wird bevorzugt. Die Kosten bzw. Beiträge werden als angemessen erachtet. Die Wahl des Meiriacker-Schulhauses für das Pilotprojekt ist ein geeigneter Standort, sowohl bezüglich Erschliessung durch das ÖV und weil nur wenig Investitionen hinsichtlich Räume notwendig sind. Ziel der CVP ist, dass sukzessive bei allen Kindergärten und Primarschulen Tagesstrukturen nebst den normalen Schulen angeboten werden. Ihre Fraktion zieht das Tagesschul-Modell der modularen Tagesbetreuung vor. Es soll kein Pflichtkonsum bestehen. Die klaren Strukturen dieser Variante sind nicht zuletzt für Eltern angenehm. Zudem entfallen unbegleitete Wege von einem Standort zum andern, was besonders für Kinder im Kindergartenalter und der ersten Primarstufe wichtig ist. Was absolut vermieden werden muss ist, dass freiwillige Tagesschule und Normalbetrieb gegeneinander ausgespielt werden. Die Auswirkungen der einzelnen Standorte müssen für alle Beteiligten im Vorfeld klar ersichtlich sein. Daher wird die Beratung in einer Spezialkommission befürwortet, damit der Start im 2008 gut gelingt.

*Grüne/EVP: R. Bänziger* unterstützt die Einführung einer freiwilligen Tagesschule, wie es im CVP-Postulat gefordert wurde. Der Vorschlag 1 des Gemeinderats mit Standort Meiriacker kommt einer echten Tagesschule näher, vor allem dann, wenn die Schülerzahl einen separaten Klassenzug erlauben wird. Die zweite Variante hätte einerseits den Vorteil, dass bedingt durch die zwei Standorte weniger Taxidienste anfallen, andererseits wird sie eher als erweiterter Mittagstisch denn als echte Tagesschule erachtet. Auch ihre Fraktion wird der Überweisung an eine Spezialkommission zustimmen. Die mittelfristige Aufhebung des Primarschulhauses Spiegelfeld ist für die betroffenen Familien verständlicherweise unerfreulich. In Anbetracht der rückläufigen Schülerzahlen und der unbefriedigenden Platzverhältnisse dort, ist diese Massnahme jedoch nachvollziehbar.

*SVP: U. Rediger:* Der Gemeinderat unterbreitet eine breite Palette an Angeboten. Seine Fraktion möchte genau wissen, welche Institution welche Aufgabe übernimmt, wer welche Funktion haben wird, auch wo, was und wie viel. Die hohe Zahl an Zuhörer/innen zeigt, dass die Standortfrage offensichtlich einen beachtlichen Teil der Bevölkerung beunruhigt. Seine Fraktion legt grossen Wert auf die optimale Nutzung von Synergien innerhalb der Gemeinde als auch der Schule. Erstaunt wird festgestellt, dass der Gemeinderat zwei Varianten vorlegt. Zudem ist sehr bedauerlich, dass eine Zusammenarbeit über die Gemeindegrenze hinaus nicht intensiv genug gesucht wurde. Für die Kinderbetreuung wird über eine Million Franken ausgegeben, was durchaus sinnvoll ist. Bevor nun aber überstürzt eine Maximalvariante einer Tagesschule umgesetzt wird, sind die finanziellen Konsequenzen sorgfältig abzuklären. Grundsätzlich wird das Geschäft befürwortet. Der Gemeinderat darf sich aber nicht durch HarmoS unter Druck setzen lassen. Seine Fraktion stellt es dem Gemeinderat frei, das Geschäft zurückzuziehen, ansonsten soll es vorgängig durch eine Spezialkommission beraten werden. Es darf nicht darauf hinauslaufen, dass ein Teil der Bevölkerung hinsichtlich des Standorts benachteiligt bzw. bevorzugt wird. Es muss unbedingt eine ausgewogene Lösung gefunden werden.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *M. Joset:* Über Zweck und Inhalt zum Begriff Tagesschule stellt er fest, dass sehr unterschiedliche Vorstellungen herrschen. Im einstimmig überwiesenen Postulat heisst es dazu präzisierend: *Tagesschulen sind nicht in erster Linie Betreuungs- sondern Förder Einrichtungen. Unterricht, Freizeit- und Förderaktivitäten, Verpflegung und Hausaufgaben-Betreuung befinden sich unter einem Dach.* Der Schulrat hat aufgrund des Vorstosses eine Arbeitsgruppe eingesetzt und gewisse Eckwerte vorgegeben. Dieses Gremium hat während Monaten verschiedene Varianten ausgearbeitet, welche auch vom Primarschulrat gegeneinander abgewogen wurden. Auch der Gemeinderat befasste sich eingehend mit dem Konzept für eine Tagesschule. Die meisten skeptischen Äusserungen sind bekannt. Der Spezialkommission können weitere Dokumente zugestellt werden, aus denen viele Pro- und Kontra-Argumente sowie die gemachten Überlegungen und daraus gezogenen Schlüsse hervor gehen. Beispielsweise wurde die Standortwahl sorgfältig evaluiert. Wenn keine grossen Investitionen getätigt werden sollen, kommt vorerst nur das Meiriacker-Schulhaus in Frage. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass dies zu einer vorübergehenden Benachteiligung gewisser Quartiere führt. Um dies zu vermeiden, müsste die Tagesschule von Vorn herein flächendeckend eingerichtet werden. Das wäre dann tatsächlich die Maximalvariante. Auch

die Bildung einer speziellen Klasse wäre mit beträchtlichen Kosten verbunden. Die Einteilung der Schüler/innen aus anderen Quartieren wird in der Einführungsphase kompliziert sein. Das Spiegelfeld-Primarschulhaus ist derzeit das einzige in Binningen, welches nicht eigentlich HarmoS-tauglich ist. Vorausgesetzt die Harmonisierung der obligatorischen Schule wird im Kanton beschlossen, ist es nicht genügend ausgebaut, um sechs Primarklassen aufzunehmen. Bekanntlich sieht das Bildungsgesetz vor, dass alle Sekundarschulstufen unter einem Dach vereinigt werden. Für die Sekundarschulhäuser ist der Kanton zuständig. Daher steht derzeit zur Diskussion, ob das Gebäude der Primarschule im Spiegelfeld an die Sekundarschule abgetreten wird. Der Entscheid liegt letztlich jedoch beim Landrat.

Das Modell, welches der Gemeinderat vorschlägt, ist langfristig in Etappen ausbaubar. Darüber wird der Einwohnerrat jeweils beschliessen. Je mehr Tagesschulklassen gebildet werden können, desto weniger müssen Schüler/innen aus anderen Quartieren eingeteilt werden.

Bezüglich Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden ist festzuhalten, dass er persönlich vor sechs Jahren davon überzeugt war, dass eine regionale Tagesschule realisierbar ist. Er war beteiligt an einem entsprechenden Projekt zwischen Binningen, Bottmingen und Oberwil. Bei der praktischen und politischen Umsetzung des erarbeiteten Konzepts stellte sich jedoch heraus, dass nur eine Tagesschule in der jeweiligen Gemeinde Sinn macht, will man den Kindern nicht einen langen Schulweg in die Nachbargemeinde zumuten. Ausserdem zeigte sich, dass jede Kommune ihre eigenen Strukturen an Tagesbetreuung hat und sinnvollerweise auch private Angebote einbezogen werden. Es sind somit realpolitische Fakten und keine kulturellen Barrieren, die eine Zusammenarbeit verunmöglichen.

Was das neue Gesetz zur familienergänzenden Betreuung angeht, ist zu betonen, dass dieses erst in Vernehmlassung ist. Bis zu einer allfälligen Umsetzung wird noch einige Zeit verstreichen. In diesem Gesetzentwurf sind übrigens auch die Qualifikationen für die Ausbildung der Betreuungspersonen enthalten, welche wie beim Tagesheim gefordert werden müssen. Es geht somit nicht um eine Akademisierung. Weil die Kinder für die einzelnen Module anzumelden sind, besteht kaum die Gefahr von Überbelegungen. Diesbezüglich besteht die Absicht, Synergien innerhalb der Gemeinde auszuschöpfen.

Zum Votum von M. Ziegler betreffend subjektbezogener Finanzierung: Aus Sicht des Gemeinderats ist diese hier angewendet durch die einkommensabhängigen Beiträge der Eltern. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass in Binningen nicht nur sehr reiche, sondern auch armutsbetroffene Eltern wohnen. Gerechterweise sollen alle das Tagesschul-Angebot nutzen können. Dieses Beitragssystem bewährt sich seit Jahren bei der Musikschule und beim Tagesheim. Allerdings kann die Kommission durchaus andere Varianten prüfen.

*Gemeinderätin H. Ernst* meldet sich in ihrer Eigenschaft als Präsidentin der Stiftung Kinderbetreuung zu Wort. Wichtig erscheint ihr, dass das Endziel im Auge behalten wird, d. h. Weiterverfolgen des pädagogischen Konzepts, wie es im Tagesheim bereits umgesetzt ist sowie die optimale Koordination aller Angebote. Eine breite Palette an Möglichkeiten der Kinderbetreuung ist schon vorhanden; die Tagesschule ist ein neues wichtiges Element, welches es einzubinden gilt.

*Gemeinderätin A. Mati* kommt zurück auf das Eintretensvotum von M. Ziegler, einerseits die Beteiligung der Eltern sei nicht einkommensabhängig zu gestalten, andererseits müssten soziale Härtefälle vermieden werden, was wohl in der Praxis hiesse, diese über die Sozialhilfe zu finanzieren. Was letztere und ggf. die Vormundschaftsbehörde finanzieren kann bzw. muss, ist gesetzlich klar geregelt. Wenn für alle Eltern der gleiche Beitrag gelten soll, stellt sich das Problem, dass nämlich all jene besonders hart getroffen werden, welche am Existenzminimum oder knapp darüber leben. Die Beiträge fallen dann zwangsläufig (wieder) bei der Sozialhilfe an. Dies kann kaum die Lösung sein. Als Konsequenz müssten auch die Kosten für die Betreuung im Tagesheim angepasst werden.

#### Detailberatung:

*FDP: M. Ziegler* erwähnt, dass Barbara Jost die Hoffnung äusserte, dass die Spezialkommission bis zur Dezember-Sitzung das Geschäft abschliessend beraten haben sollte. Die Kommission muss jedoch ohne Zeitdruck arbeiten und in Anbetracht der Wichtigkeit des Themas alle aufgeworfenen Fragen sorgfältig klären können. Im Übrigen ist der Ausdruck "subjektbezogene Unterstützung" si-

cher nicht sehr glücklich und missverständlich. Seiner Fraktion ist erstens wichtig, dass keine weiteren progressiven Steuern erhoben werden und zweitens, dass transparent getrennt wird zwischen Geldern für die Schule und solchen für Soziales, damit eine klare Budgetierung und Abrechnung möglich ist. Unbestritten ist, dass es Familien gibt, welche Zuschüsse benötigen und diese auch erhalten sollen. Hinter dieser Forderung stehen finanzpolitische Überlegungen und nicht Sozialabbaumassnahmen.

*Grüne/EVP: M. Schmidli* kann dieses Votum nicht nachvollziehen. Sie argumentiert, dass es sich hier nicht um eine Steuer handelt. Im Gegensatz zu einer solchen erhält man bei der Tagesschule eine Gegenleistung, die zudem freiwillig beansprucht werden kann.

*Präsident U. von Bidder* lässt über den von allen Fraktionen gestellten Antrag betreffend Überweisung an eine Spezialkommission abstimmen.

Mit 38 Ja bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

**://: Das Geschäft wird an eine Spezialkommission überwiesen.**

*Präsident U. von Bidder* weist darauf hin, dass noch bestimmt werden muss, wie gross diese Spezialkommission sein soll.

*FDP: M. Ziegler* schlägt vor, dass eine 10-köpfige Kommission gebildet wird.

*Präsident U. von Bidder* erläutert, dass aufgrund des errechneten Quotienten mit dieser unüblichen Grösse eine klare Sitzverteilung pro Partei möglich ist. Turnusgemäss hat die CVP-Fraktion den Vorsitz.

Auch die Fraktionspräsidenten von SVP und SP stimmen dieser Anzahl zu.

Mit 38 Ja bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

**://: Das Geschäft wird zur Prüfung an eine Spezialkommission von 10 Ratsmitgliedern überwiesen.**

*Präsident U. von Bidder* hält fest, dass das Büro des Einwohnerrats laut Geschäftsordnung die Spezialkommission offiziell einsetzen muss. Zudem müssen die Fraktionen noch die Mitglieder nominieren. Daher bittet er, sich im Anschluss an die Sitzung zu versammeln und diesen Akt noch vorzunehmen.

Er wendet sich an die Zuhörer/innen im Saal und merkt an, dass auch sie ihre Anliegen an die Spezialkommission schriftlich einreichen und allenfalls auch eine Anhörung beantragen können.

*SVP: U. Rediger* findet diese Aufforderung an das Publikum unangebracht. Seines Erachtens ist es allein Sache der Spezialkommission, wie sie vorgehen will.

**Traktandum 2****Geschäft Nr. 176**

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 6.11.2007:

**Postulat SP: Vergabekriterien für Aufträge der Gemeinde**Eintreten:

*FDP: M. Metz* vertritt als Fraktionssprecher die Auffassung, dass dieser Vorstoss unnötig ist, erstens da sich eine Subkommission der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission mit diesem Thema bereits befasst, was allen Ratsmitgliedern bekannt ist. Zweitens auch deshalb, weil gewisse Forderungen verbindlich gesetzlich geregelt oder aber in der gewünschten Form nicht durchsetzbar sind, da sie ganz einfach widerrechtlich wären. Was die Ausbildung von Lehrlingen/Lehrtöchtern betrifft, ist eine Vergleichbarkeit kaum möglich. Bezüglich Transportdistanzen und Steuersitz einer Firma ist im Vergaberecht vorgegeben, dass keinerlei Beschränkungen und verdeckte Handelshemmnisse zu Gunsten einheimischer Wirtschaftsinteressen zulässig sind. Auch das Kriterium "bisherige Erfahrungen mit der betreffenden Firma" wäre geradezu diskriminierend und widerrechtlich; denn damit wären neue Unternehmen, welche an einer Submission teilnehmen wollen, à priori ausgeschlossen. Nach welchen Kriterien die Gemeinde vorgehen muss, ist im einschlägigen Submissionsgesetz geregelt, und weitere Vorgaben sind nicht notwendig. Daher wird seine Fraktion gegen die Überweisung an den Gemeinderat stimmen.

*SP: S. Zürcher* gibt dem Vorredner insofern recht, als die Submissionsordnung tatsächlich viele Bereiche regelt und für eine Gemeinde praktisch kein Spielraum besteht. Diese Tatsache wird bedauert. Letztere sollte ohne unsinnigen Aufwand im lokalen Rahmen auch gewisse Ausschreibungen vornehmen können. Hingegen gibt es im sog. freihändigen bzw. Einladungsverfahren minimale faire Möglichkeiten, die genutzt werden sollten. Deshalb soll das Postulat, wie vom Gemeinderat selber beantragt, überwiesen werden. Er soll aufzeigen, wo und wie er diesen Spielraum zu nutzen gedenkt.

*Grüne/EVP: B. Gürler* teilt diese Auffassung seitens ihrer Fraktion und unterstützt den Antrag auf Überweisung. Die Gemeinde hat eine ethische Verantwortung sowie Vorbildfunktion, welche sie wahrnehmen soll.

*SVP: U. Rediger* hält das Anliegen des Vorstosses für eine Selbstverständlichkeit, es entspricht offenbar gängiger Praxis. Seine Fraktion wird daher die Überweisung ablehnen.

*CVP: A. Achermann* hält seitens seiner Fraktion fest, dass die Überweisung des Vorstosses unterstützt wird.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *B. Gehrig* verweist darauf, dass es nicht üblich ist, zu einem laufenden Geschäft einen Vorstoss einzureichen. Dennoch ist er Gemeinderat bereit, den allfälligen möglichen Spielraum auszuloten und eine entsprechende Prüfung vorzunehmen.

Mit 20 Ja zu 19 Nein wird beschlossen:

<b>://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.</b>
--



**Traktandum 3****Geschäft Nr. 183**

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 6.11.2007:

**Postulat CVP: Vier zusätzliche Garderoben und zwei Duschräume auf den Sportanlagen Spiegelfeld**Eintreten:

*CVP: S. Bräutigam* bedankt sich beim Gemeinderat für seine rasche Stellungnahme. Gespannt wird das vom Gemeinderat angekündigte Konzept erwartet, weil die aktuelle Situation höchst unbefriedigend ist.

*FDP: W. Müller* vertritt die Fraktionsmeinung, dass wenn Sportanlagen vorhanden sind, auch die nötige Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden muss. Das Problem ist offensichtlich seit einiger Zeit bekannt; wichtig ist, dass es im Rahmen eines Konzepts gelöst wird und kein Flickwerk entsteht. Daher wird die Überweisung befürwortet.

*Grüne/EVP: R. Bänziger* unterstützt das Anliegen des Postulats allein deshalb: Wenn Mittel in Millionenhöhe für Kunstrasen vorhanden sind, sollten auch separate Duschen für Frauen finanzierbar sein.

*SP: D. Gorba* erachtet es als positiv, dass der Sportclub Binningen vermehrt auch Mädchen die Gelegenheit geben will, Fussball zu spielen. Seine Fraktion wird für Überweisung stimmen.

*SVP: U. Rediger* hat keine Einwände gegen die Überweisung. Es fällt ihm jedoch auf, dass im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zunehmend Vorstösse zu bereits laufenden Geschäften eingereicht werden.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *B. Gehrig:* Wie in der Vorlage erwähnt, ist der Missstand seit einiger Zeit bekannt und es wird bereits nach Lösungen gesucht. Allerdings muss man sich darüber im Klaren sein, dass eine wirkliche Verbesserung mehrere Millionen kosten wird. Das Garderobengebäude aus den 60er-Jahren entspricht heutigen Anforderungen in keiner Weise mehr. Nicht nur fehlen Räumlichkeiten, die vorhandenen sind auch zu klein, u. a. auch das Club-Restaurant sowie der Kiosk. Zusätzlich ist das Dach sanierungsbedürftig. Dass zunehmend mehr Mädchen im Sportclub mitmachen, ist erfreulich, bedingt aber zusätzlichen Raumbedarf als ohnehin schon benötigt würde. Auch eine Mehrfachnutzung der Turn- und Sporthalle fällt ausser Betracht, weil diese durch die Schule und abends durch Vereine voll ausgelastet sind.

Mit 33 Ja, 1 Nein bei 5 Enthaltungen wird beschlossen:

<b>://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.</b>
--

**Traktandum 4****Diverses**

Keine Wortmeldungen.

*Präsident U. v. Bidder* weist darauf hin, dass am 1. Dezember der Binninger Markt auf dem Dorfplatz stattfinden wird.